

Wahlen in Indonesien – Ergebnisse und Aussichten

Beatrice Daun und Vincent Houben

Seit 1998 ist Indonesien, mit seinen über 220 Mio. multiethnischen und zugleich überwiegend muslimischen Einwohnern, die größte Demokratie Südostasiens. Die Parlamentswahlen vom April 2004 und ihr Ergebnis müssen im Kontext der Entwicklung des politischen Systems des Landes in den letzten Jahren beurteilt werden. Das Parlament hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, weil es nicht nur mit vielen Reformgesetzen ein neues pluriformes politisches System geschaffen hat, sondern auch weil es als geeignetes Forum die vielen unterschiedlichen Teilbelange des Landes vertreten konnte.

Nach langer Zeit des autoritären Regierens, wurde Präsident Suharto am 18. Mai 1998, wegen einer eingetretenen Wirtschaftskrise und sich ausweitenden sozialen Unruhen, gezwungen zurückzutreten. Die Macht wurde vom Vize-Präsidenten Habibie übernommen, der eine Öffnung des stark zentralisierten und eng geführten politischen Systems durchführte. Am 7. Juni 1999 fanden die ersten freien Parlamentswahlen seit mehr als 40 Jahren statt. Die größte Oppositionspartei der vorherigen Zeit, die PDI-P (Partai Demokrasi Perjuangan), wurde mit 33,8% der Stimmen Wahlsieger. Die ehemalige Regierungspartei Golkar kam, wegen ihres hohen Organisationsgrades auf den Inseln außerhalb Javas, immerhin noch auf 23,7%. Die Belange des Islams wurden von vielen Parteien vertreten, wobei die PKB (Partai Kebangkitan Bangsa) von Abdurrahman Wahid, und die PAN (Partai Amanat Nasional) von Amien Rais 13,3% beziehungsweise 7,5% der Stimmen erhielten.

³ Der übliche Weg wäre eine zeitweilige Einsetzung als parlamentarische Staatssekretärin oder Deputy-Minister gewesen.

Nach den Wahlen gestaltete sich die Vollendung der demokratischen Transition und ihre Konsolidierung als problematisch. Es kam zu einer vielfältigen Auseinandersetzung zwischen alten und neuen Machtgruppen, welche in die zwischenzeitliche Ablösung vom Präsidenten Abdurrahman Wahid im Juli 2001 durch Sukarnos Tochter Megawati mündete. Die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialetnischen Probleme des Landes und das schwierige Verhältnis zwischen das Zentrum in Jakarta und den Provinzen, bleiben trotzdem ungelöst. Gegen diesen Hintergrund müssen die Parlamentswahlen von 2004 und ihren Ausgang gewertet werden.

Auf Grund neuer Gesetze, die höhere Qualifikationsbarrieren für die Parteien festlegen, verringerte sich die Anzahl der an den Wahlen teilnehmenden Parteien von 48 im Jahr 1999 auf 24 in diesem Jahr. Reelle Chancen bei den Wahlen wurden nur sechs großen Parteien, die schon 1999 vertreten waren, den säkulären Nationalisten PDI-P mit der amtierenden Präsidentin Megawati und Golkar mit dem Vorsitzenden Akbar Tanjung und dem Präsidentschaftskandidaten Wiranto, den islamischen auf der Pancasila-Verfassung basierenden Parteien PAN (Amien Rais als Vorsitzender) und PKB (Abdurrahman Wahid) sowie den islamischen Nationalisten PPP mit dem derzeitigen Vizepräsidenten Hamzah Haz und PBB (Justizminister Yuzril Ihza Mahendra als Spitzenkandidat) eingeräumt. Im Vorfeld erhielten vornehmlich die politische Partizipation der Töchter des ersten indonesischen Präsidenten Sukarno und der Tochter des zweiten Präsidenten Suharto sowie deren neu gegründete Parteien große Aufmerksamkeit. Überdies erfuhr eine weitere neu gegründete Partei — Partai Demokrat (PD) — auf Grund ihres Präsidentschaftskandidaten, dem ehemaligen Politik- und Sicherheitsminister Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), zunehmende Popularität.

Die Wahlvorbereitungen der Wahlkommission gingen mit einigen Verspätungen und Mängeln hinsichtlich der Bereitstellung nötiger Materialien, hauptsächlich den Druck und die Verteilung von Stimmzetteln betreffend, einher. Während der offiziellen Kampagnenzeit vom 11. März bis 1. April konnten die zugelassenen Parteien frei und friedlich ihre Kampagnen ausführen, jedoch der öffentliche Enthusiasmus für das politische Geschehen, welcher für das Jahr 1999 kennzeichnend war, fehlte. Politische Umzüge und Paraden waren geringer besucht und Kampagnenaktivitäten gestalteten sich vielmehr als festliche Ereignisse mit Musik, Tanz und Gebeten. Zudem spielten *money politics* (die Beeinflussung des Wahlverhaltens durch den Transfer von Sachleistungen) weiterhin eine entscheidende Rolle bei den Wahlen, welche dann zu einem zentralen Thema "gegen Korruption" (*anti-korupsi*) und "gegen verdorbene Politiker" (*anti-politisi-busuk*) im Verlauf der Kampagnen avancierten.

Am Wahltag, dem 5. April 2004, ging, bis auf einige Verschiebungen in entlegenen Gebieten, das Wählen und Auszählen der Stimmen in einer transparenten und ordentlichen Weise vonstatten. Komplizierte Prozeduren beim Ausfüllen der Berichte und mangelndes Training der Wahlhelfer führten zu teils unkorrekten Resultaten, die daraufhin erneut gesichtet werden mussten und zu Verzögerungen führten. Nach wochenlangen Auszählungen, stellt sich das entgeltige Wahlergebnis wie folgt dar:

PARTEI	Führungspersönlichkeiten	Prozentsatz der erreichten Stimmen
Golkar	Akbar Tanjung	21,58%

PDI-P	Megawati Sukarnoputri	18,53%
PKB	Abdurrahman Wahid	10,57%
PPP	Hamzah Haz	8,15%
PD	S.B.Yudhoyono	7,45%
PKS	Hidayat Nur Wahid	7,34%
PAN	Amien Rais	6,44%
Rest		19,94%

Ein Vergleich mit den Wahlergebnissen von 1999 lässt Folgendes feststellen: Die Fragmentierung der Parteienlandschaft hat, trotz neuer Wahlgesetze, zugenommen. Statt von vier großen Fraktionen wird das Parlament in den kommenden Jahren von sieben Parteien bestimmt, wovon immerhin vier islamischer Signatur sind. Die PDI-P von der regierenden Präsidentin Megawati hat fast die Hälfte ihrer Unterstützung verloren. Die ehemalige Regierungspartei aus der Suharto-Zeit, Golkar, hat leicht an Stimmen abgenommen, aber ihre relative Stärke beibehalten können. Von den muslimischen Parteien haben die PKB vom Ex-Präsidenten Wahid, die PAN und die PPP etwas an Bedeutung eingebüßt. Zugleich aber konnten sich zwei neue Parteien etablieren, die einerseits eine Alternative zu Golkar/PDI-P und andererseits zu den großen islamischen Parteien geboten haben. Die Partai Demokrat ist wie die Golkar der nationalen Pancasila-Ideologie verschrieben. Mit einer Anti-Korruptionskampagne fügte sich die Partai Keadilan Sejahtera an das islamische Parteienspektrum hinzu.

Über die Implikationen dieses Wahlausganges wird viel spekuliert. Die neuen Machtverhältnisse werden sich spätestens im Herbst diesen Jahres mit der Wahl des neuen Präsidenten zeigen. Eine Wiederwahl von Megawati sieht mittlerweile unwahrscheinlich aus und ist nur unter der Bedingung einer geschickten Verhandlungsstrategie machbar. Als möglicher Kandidat für die Präsidentschaft wird zurzeit vor allem Yudhoyono gehandelt, weil er die alten Eliten, die Belange des Militärs und verschiedene Strömungen innerhalb Bevölkerung unter starker, sachorientierter Führung verbinden kann. Wiranto scheint innerhalb Indonesiens noch eine Chance zu haben, aber wird vom Ausland, wegen seiner Verwicklung in die Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor, nicht akzeptiert.

Was die qualitative Zusammensetzung der Legislative anbelangt, kann festgestellt werden, dass die muslimischen Parteien insgesamt zugelegt haben, was auf ein gestiegenes islamisches Bewusstsein in der Bevölkerung hinweist. Zugleich ist der indonesische Islam noch immer sehr pluriform und es können keine großen Zugewinne für die radikalen islamischen Parteien verzeichnet werden.

Außerdem deuten die Verluste der PDI-P auf eine gewisse Enttäuschung und Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Reformprozess hin. Die großen Erwartungen, welche die ungebildeten Volksmassen an die Person Megawati geknüpft hatten, sind nicht erfüllt worden. Es existiert sogar eine gewisse Sehnsucht nach den sicheren und stabilen Verhältnissen der Suharto-Zeit. Diese Sentimente geben den Vertretern der alten Ordnung neuen Auftrieb.

Da die Zergliederung des Parlaments sich vergrößert hat, ist das Finden von Mehrheiten für weitere Reformprojekte schwieriger geworden. Man kann erwarten, dass

die Politik Indonesiens in den kommenden Jahren noch mehr vom Partikularismus bestimmt werden wird. Es kann auch so sein, dass die institutionalisierten Akteure, vor allem die Armee, ihren politischen Einfluss vergrößern können, indem sie Politikern unterschiedlichster Couleur an sich binden. Damit würde eine gewisse Restauration einhergehen.